

POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

Juni/Juli 2005

ÜBERSICHT

- **Staatspräsident Ivan Gašparovič spricht erstmals zur Lage der Nation**
- **Slowakische Medien zum EU-Gipfeltreffen**
- **Weiterer Misstrauensantrag gescheitert**

Staatspräsident Ivan Gašparovič spricht erstmals zur Lage der Nation

Politiker und Medien kritisierten seine Rede vom 22. Juni 2005 vor dem slowakischen Parlament in gleichem Maße wie die seines Amtsvorgängers Rudolf Schuster, obwohl er einen milderen Ton als dieser anschlug.

Gašparovič hob in seinem Bericht die Erfolge der slowakischen Außenpolitik hervor. Jedoch sparte er auch nicht mit Kritik, besonders in Bezug auf die steigende Kriminalität und die negativen Auswirkungen der Gesundheits- und Sozialreformen auf die Bevölkerung. Ferner griff er das Slowakische Fernsehen (STV) und die privaten Medien an. Diesen warf er politische Einseitigkeit und Stimmungsmache vor. Die schwerwiegendsten Probleme des Landes wären aber nach wie vor die hohe Arbeitslosigkeit und das Wohlstandsgefälle zwischen den Regionen.

Gašparovičs Rede wurde von allen Koalitions- und Oppositionsvertretern (mit Ausnahme der Partei SMER) kritisiert. Der Bericht wäre eine reine Zustandsbeschreibung und ließe Visionen und Enthusiasmus vermissen. Statt eine flammende Rede zu halten, hätte er mehr darauf geachtet, niemanden gegen sich aufzubringen.

Slowakische Medien zum EU-Gipfeltreffen

Vom 16. bis 22. Juni 2005 berichteten die slowakischen Tageszeitungen auf den Titelseiten sowie in den Auslands- und Wirtschaftsberichten über das Krisengipfeltreffen der EU in Brüssel.

„Neulinge wollten das Gipfeltreffen retten“, titelte die größte slowakische Tageszeitung SME am 20. Juni 2005. Nach dem Scheitern des EU-Gipfels in Brüssel am 16. – 17. Juni schoben sich die Politiker gegenseitig die Schuld zu. Die Briten kritisierten die Franzosen, Jacques Chirac im Gegenzug Tony Blair, berichtete Autorin Johanna Grohova. Die fünfundzwanzig Länder hätten es nicht geschafft, einen Konsens in Budgetfragen und zur EU-Verfassung zu erreichen. Nur die zehn Neulinge (darunter auch die Slowakei) hätten sich kompromissbereit gezeigt und eine Kürzung der ihnen zustehenden Zuschüsse vorgeschlagen. Dies wäre allerdings von Großbritannien abgelehnt worden. Der Vorschlag des slowakischen Premierminister Mikuláš Dzurinda, eine weitere Gipfelkonferenz noch bis Ende Juni 2005 einzuberufen, wurde ebenfalls von der Union abgelehnt. Ferner berichtete Grohova, dass das Scheitern der Verhandlungen über das Budget 2007 - 2013 für die Slowakei eine Verzögerung bei der Auszahlung der EU-Mittel bedeuten könnte. Da die Vorbereitung großer Projekte 12 bis 18 Monate dauert, wäre die Verabschiedung des Budgets bis Mitte 2006 optimal, da dann die Gelder ab dem 1. Januar 2007 abgerufen werden könnten.

“Das Scheitern der Verhandlungen über das EU-Budget kann auch der Slowakei schaden“, schrieb Lucia Kubošová in ihrem Artikel (SME, 20. Juni 2005). Sie unterstrich, dass der jüngste Vorschlag zur Regelung des EU-Haushalts für Bratislava besonders günstig war, da dieser das individuelle ökonomische Wachstum der EU-Länder berücksichtigte. Demnach hätte die Slowakei auf Grund ihrer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung Mittel in Höhe von etwa 10,4 Mrd. Euro aus den Struktur- und Kohäsionsfonds erhalten sollen. Nach der jetzigen Regelung drohe der slowakischen Landwirtschaft eine Kürzung der Mittel um 20 Prozent. Sollte die Verabschiedung des EU-Budgets scheitern und ein provisorisches Budget in Kraft treten, bekäme die Slowakei wesentlich weniger Geld, als ihr laut der Luxemburger Fassung zusteht.

Eine neue Initiative könnte möglicherweise aus Großbritannien kommen. Aufgrund der derzeitigen Spannungen in der EU wäre eine Beschlussfassung erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 unter der österreichischen EU-Präsidentschaft zu erwarten.

In einem Interview für die SME mit dem Titel **„Auch in der Union setze ich mich für die Reformen ein“** (22. Juni 2005) erklärte Ministerpräsident Dzurinda, dass die Slowakei auch im Rahmen der EU die Reformen fortsetzen und an der Seite

von Großbritanniens Premier Tony Blair stehen werde. Besonders unterstütze er Blair bei dessen Plänen, Mittel aus der Landwirtschaft in die Wissenschaft und Forschung zu verschieben.

Zum erfolglosen Ausgang des Gipfels sagte Dzurinda: „Der Misserfolg kann tiefere Folgen hinterlassen als erwartet...Die Ergebnisse des Gipfels werden weitere Fragen aufwerfen und den Binnenmarkt beeinträchtigen.“

Beim Thema EU-Verfassung wünscht sich Dzurinda, dass der Ratifizierungsprozess fortgesetzt wird. Er stimme auch einer Fristverlängerung um ein Jahr zu, berichtete Grohová in der SME vom 17.Juni 2005 in ihrem Artikel **„Die EU-Verfassung ist nicht tot, sie benötigt lediglich Zeit“**.

Weiterer Misstrauensantrag gescheitert

Im slowakischen Parlament ist ein weiterer Misstrauensantrag gescheitert. Die oppositionelle SMER forderte die Abberufung von Premierminister Mikulas Dzurinda. Dieser hätte bei der Durchführung der Reformen und vor allem bei der Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft versagt. An der Abstimmung nahmen lediglich 122 der 150 Abgeordneten teil. 60 Abgeordnete der oppositionellen SMER, der HZDS (Meciars Bewegung für eine Demokratische Slowakei), der Kommunisten, des Freien Forums sowie drei Fraktionslose stimmten für die Abberufung. Gegen sie stimmten die 61 Abgeordneten der Koalition, eine Abgeordnete enthielt sich der Stimme. Der Antrag verfehlte daher klar die nötige qualifizierte Mehrheit von 76 Stimmen.

Der SMER-Vorsitzende Fico behauptete, die unabhängigen Parlamentarier hätten ein Abkommen mit dem Regierungschef geschlossen und deswegen nicht an der Abstimmung teilgenommen. Dzurinda bezeichnete die Sitzung als „mislungenes Theater“ der Partei SMER und warf Fico vor, dass er zum Sozialismus zurückkehren wollte.

Bratislava, den 7. Juli 2005

Dr. Stefan Gehrold
(Leiter des Verbindungsbüros)

Mária Lukáčová
(wiss. Mitarbeiterin)